

3 Welche Lösungen erfordert das Klima?
Politik und Wirtschaft müssen beide in die Gänge kommen.

7 Naturschutz ist zuerst immer Menschenschutz
Der Ex-«Netz Natur»-Moderator Andreas Moser im Interview.

17 Erster Saisonhöhepunkt steht an
Nebelhorn-Trophy in Oberstdorf
Eiskunstläuferin Kaiser will sich herantasten

ANZEIGE

TOPJOB.li

Volksblatt



Mittwoch, 22. September 2021
145. Jahrgang Nr. 180

Die Tageszeitung für Liechtenstein



Heute

Landesvoranschlag

Wie steht es um die Staatsfinanzen?

Regierungschef Daniel Risch stellt heute gemeinsam mit Andreas Gritsch, Leiter der Stabsstelle Finanzen, den Landesvoranschlag 2022 vor.

Inland Der Verein für Menschenrechte in Liechtenstein spricht sich für eine weitere Finanzierung der Coronatests durch das Land aus. Nur so sei die Wahlfreiheit zwischen Impfen und Testen gewährleistet, so Geschäftsführerin Alicia Längle an der Mitgliederversammlung. **Seite 9**

Sport Liechtensteins Mountainbiker Loris dal Farra und Konstantin Aliche überzeugten im Vorfeld des Swiss Bike Cups in Schaan. Beim Rennen schauten nämlich gleich zwei Podestplätze heraus. **Seite 17**

Wirtschaft Die erste Fachtagung des Verbands «Digitales und nachhaltiges Bauen» zeigte mögliche Wege auf, wie ressourceneffiziente Gebäude aussehen können. **Seite 13**

Wetter Am Morgen etwas Hochnebel, sonst nur Schleierwolken. **Seite 22**



8° 18°

Inhalt

Inland 2-11 **Kultur** 20+21
Ausland 12 **Kino/Wetter** 22
Wirtschaft 13+14 **TV** 23
Sport 15-19 **Panorama** 24

Fr. 2.50 www.volksblatt.li



FC Vaduz Sieg im Spitzenspiel gegen Winterthur

Der FC Vaduz hat sich mit einer eindrucksvollen Vorstellung endgültig in der Spitzengruppe der Challenge League zurückgemeldet. Gegen Tabellenführer Winterthur gab es einen verdienten 2:0-Erfolg. Vor allem die erste Hälfte war eine «Macht-demonstration» des FCV.

(Foto: Shourout)

Seite 15

Heute geht es um die Testkosten

Corona Dass Coronatests ab Oktober kostenpflichtig werden sollen, wird in Kombination mit der 3G-Pflicht in vielen Freizeitbereichen als versteckter Impfwang wahrgenommen. Heute informiert die Regierung über das weitere Vorgehen.

VON DAVID SELE

Wer nicht impfen will, muss testen. Doch während Impfen kostenlos bleibt, sollen Coronatests ab Oktober (bis auf wenige Ausnahmen) selbst zu berappen sein. Bereits Anfang Sommer hatte die Regierung dies erstmals in Aussicht gestellt. Es sei nicht gerechtfertigt, wenn die Allgemeinheit die Testkosten jener trage, die sich nicht impfen lassen wollen, so die Argumentation. Noch vor wenigen Wochen sagten Regierungschef

Daniel Risch und Gesundheitsminister Manuel Frick, dieser Entscheid sei in Stein gemeißelt. Seit der Einführung der 3G-Pflicht in vielen Freizeitbereichen und der Gastronomie vor einer Woche weht jedoch starker Gegenwind.

Als sich das «Volksblatt» vergangene Woche vor dem Impfzentrum umhörte, zeigte sich klar, dass kostenpflichtige Tests in Kombination mit der 3G-Pflicht als versteckter Impfwang wahrgenommen werden. Wie in der Schweiz formierte sich auch

parlamentarischer Widerstand: Die Landtagsabgeordneten von VU, Freie Liste und DpL forderten in einer gemeinsamen Erklärung, dass die Testkosten weiter vom Staat übernommen werden sollen. Der Verein für Menschenrechte schloss sich dieser Forderung am Montag an: «Nur dann ist die Wahlfreiheit zwischen Impfen und Testen gewährleistet.»

Pressekonferenz um 16 Uhr

Für den heutigen Mittwoch hat die Regierung nun eine weitere Corona-

Pressekonferenz angekündigt (live ab 16 Uhr auf www.volksblatt.li). Es ist zu erwarten, dass hierbei auch die Frage rund um die Testkosten thematisiert wird. Allerdings wäre es eine Überraschung, wenn die Regierung vollumfänglich von ihrem ursprünglichen Entscheid abrückt. Denkbar ist, dass eine Art Zwischenlösung gesucht wird. So hatte es jüngst auch der Schweizer Bundesrat skizziert, ein Entscheid in Bern soll noch diese Woche fallen.

Seiten 9, 10 und 11

Stiefkindadoption Regierung schickt Entwurf auf den Weg

VADUZ Künftig soll es eingetragenen Paaren möglich sein, das Kind ihres Partners zu adoptieren. Hintergrund ist ein Urteil des Staatsgerichtshof (StGH). Demnach ist das Verbot der Stiefkindadoption für eingetragene homosexuelle Paare verfassungswidrig und verstößt gegen die Europäische Menschenrechtskonvention. Der StGH führte aus, dass homosexuelle eingetragene Paare im Vergleich zu unverheirateten heterosexuellen Paaren ungleich behandelt werden. Diesen steht nämlich eine Stiefkindadoption offen, gleichgeschlechtlichen Paaren jedoch nicht. Aufgrund dessen hat der StGH den Artikel 25 im Partnerschaftsgesetz aufgehoben, rechtswirksam wird dies ein Jahr nach der Kundmachung im Juli 2022. Bis dahin muss der Gesetzgeber eine Lösung finden. Denn im

entsprechenden Artikel 25 ist auch das generelle Adoptionsverbot sowie das Verbot von Fortpflanzungsmedizin geregelt. Diese würden mit der Aufhebung also ebenfalls fallen, wenn dies nicht anderweitig geregelt wird.

Am Dienstag hat die Regierung nun einen Gesetzesentwurf in Vernehmlassung geschickt. Damit soll in Umsetzung des StGH-Urteils die Stiefkindadoption für eingetragene Partnerschaften und Lebensgefährten ermöglicht werden, teilte die Regierung mit. Zu diesem Zweck bedürfte es entsprechender Anpassungen im Partnerschaftsgesetz sowie im ABGB. Inhaltliche Details sind noch offen, der Vernehmlassungsbericht lag gestern noch nicht öffentlich vor. Die Vernehmlassungsfrist endet am 21. Dezember 2021. (red/ikr)

Kanzlerin Angela Merkel Kritik an Finanzpolitik von Rot-Grün-Rot

BERLIN Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat vor der Finanzpolitik einer möglichen Regierung aus SPD, Linken und Grünen gewarnt. Sie glaube nicht, dass ein solches Bündnis nach der Coronapandemie zu soliden Finanzen zurückkehren würde, sagte sie am Dienstagabend. Das Wahlprogramm der Linken sehe etwa einen Wegfall der Schuldenbremse vor. «Was nichts anderes heisst als weg mit soliden Finanzen». Merkel kritisierte zudem die politische Konkurrenz für die geplante Einführung von Steuern oder deren Erhöhung. «Heute kann man in jedes benachbarte europäische Land gehen als Unternehmen. Man muss nicht in Deutschland sein.» Merkel warb indes für Unionskanzlerkandidat Armin Laschet (CDU), der um jeden Arbeitsplatz kämpfen würde. (dpa)

Karate Vaduzer Karatekas holen Medaillen

DAGMERSSELLEN Nach fast zwei Jahren ohne Turniere standen vier Vaduzer Karatekas bei einem Nachwuchsturnier in Dagmersellen im Einsatz - und das mit Erfolg. **Seite 16**

ANZEIGE

Krätler
MODE. BEWUSST. SEIN.
KRÄUTLER MODE. BEWUSST. SEIN.
RINGSTRASSE 16 | 6840 GÖTZIS | AUSTRIA
WWW.KRAEUTLER.COM

ANZEIGE

Einmal bezahlen,
nachfüllen gratis.
Ein Becher pro Person.
SUBWAY
Subway® ist eine eingetragene Marke von Subway IP Inc. ©2017 Subway IP Inc.